



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Michael Schrodi: Vom roten Wien kann der Freistaat Bayern einiges lernen

Olching, 27.10.2022

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Finanzpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Keine Privatisierung, günstiger Wohnraum - Michael Schrodi, der SPD-Bundestagsabgeordnete für Dachau und Fürstenfeldbruck, hat von einer Reise nach Wien zahlreiche Anregungen für die Politik in der Heimat mit nach Hause genommen. Und dabei erneut festgestellt: „Sozialdemokratische Politik lohnt sich, vor allem in Krisenzeiten.“

Von Montag bis Mittwoch dieser Woche hatte die SPD-Landesgruppe des Bundestags zahlreiche Gespräche in der österreichischen Hauptstadt geführt, darunter mit Wiens Bürgermeister und Landeshauptmann Michael Ludwig sowie mit der SPÖ-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Pamela Rendi-Wagner. „Die rote Stadt Wien denkt langfristiger, als es beispielsweise die Bayerische Staatsregierung tut. Ganz anders als in Bayern sind hier die öffentlichen Einrichtungen nicht der Privatisierungswelle zum Opfer gefallen. Das hat unter anderem zur Folge, dass die Stadt sehr aktiv als Akteur auf dem Wohnungsmarkt auftritt – und so bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen kann“, erklärt der Finanzpolitiker. Unter Markus Söder hat Bayern über 30.000 öffentliche Wohnungen verkauft und bisher keine einzige neue gebaut. Man dürfe die öffentliche Daseinsvorsorge nicht dem freien Markt überlassen, sonst gehörten Innenstädte bald nur noch den Reichen, betont Schrodi.

Das Land Wien bringe in der Energiekrise eigene Unterstützungsprogramme auf den Weg, weil die österreichische Bundesregierung schlicht zu wenig tue, erklärt Schrodi. „Die schwarz-grüne Koalition in Österreich hat anders als in Deutschland keine Gaspreisbremse auf den Weg gebracht. So bleiben die Preise und die Inflation hoch. Das trifft vor allem Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen“, betont Schrodi. Die sozialdemokratisch regierte Stadt Wien zahle nun zusätzlich sozial ausgewogene Unterstützungsmaßnahmen aus. Das sei vorbildlich, sagt Schrodi. U-Bahnen und Straßenbahnen werden vorausschauend ausgebaut und einer neuen



Quartiersentwicklung angepasst. Damit man nicht mehr auf Individualverkehr angewiesen ist.

Der stellvertretende Vorsitzende der Landesgruppe hat beim Aufenthalt in Österreich aber noch andere Lehren gezogen. Gekaufte Umfragen und keinerlei Hemmnisse bei krummen Geschäften, wie in Bayern zum Beispiel bei den Maskendeals – konservative Parteien seien in Wahrheit keine Parteien des kleinen Mannes, sondern vor allem mit Machterhalt und der eigenen Bereicherung beschäftigt. Es sei richtig, so Schrodi, dass nun in Österreich wie in Bayern Untersuchungsausschüsse eingesetzt werden, um den Filz offenzulegen. Hingegen: „Egal in welchem Land: Sozialdemokraten helfen den Menschen“, sagt Schrodi.